

Antwort des Ministers Oliver Paasch auf eine Aktuelle Frage  
Plenarsitzung vom 20.01.2014

Es gilt das gesprochene Wort

### **Kooperationsabkommen nachhaltige Entwicklung**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

diese „aktuelle“ Frage bezieht sich auf ein Kooperationsabkommen zur Nachhaltigen Entwicklung und Umweltbildung, das schon vor zwei Jahren zwischen der WR, der Region Brüssel und der FG vereinbart wurde.

Sie haben Recht, ich habe in den letzten Jahren sehr viele Kooperationsabkommen unterzeichnet, mit dem Föderalstaat genauso wie mit allen belgischen Regionen und Gemeinschaften.

In dieses Abkommen, das Sie ansprechen, wurden wir jedoch nicht einbezogen, genauso wenig übrigens wie die Flämische Gemeinschaft.

Wir müssen ja auch nicht jedes Kooperationsabkommen einbezogen werden, dass einzelne Einrichtungen in Belgien miteinander abschließen.

Das Zusammenarbeitsabkommen im Bereich Nachhaltiger Entwicklung und Umweltbildung zwischen Französischer Gemeinschaft und Walloni-

scher Region wurde seit 1995 mit Unterstützung von diversen gesellschaftlichen Gruppen ausgearbeitet.

Das erste Kooperationsabkommen wurde bereits am 28. Januar 2004 vereinbart.

Es beinhaltete hauptsächlich den Bereich Umweltbildung und sah eine engere Zusammenarbeit zwischen den „centres de depaysement et de plein air“ (CDPA) der FG mit den „centres d’initiation à l’environnement“ (CRIE) der WR vor.

Das zweite Abkommen mit einer Laufzeit von 6 Jahren, auf das Sie sich nun mit dieser Frage bezogen haben, wurde 2012 auf die Region Brüssel-Hauptstadt erweitert, nachdem die Region Brüssel hierfür die Mitarbeit seines „Centre d’information en Education relative à l’Environnement“ (CIBErE) angeboten hatte.

Somit konnte sich das Kooperationsabkommen nun auf alle frankophonen Schüler beziehen.

In den entsprechenden Arbeitssitzungen und Vollversammlungen hat ein Sonderbeauftragter des RSI mehrfach darauf hingewiesen, dass es aus seiner Sicht interessant sein könnte, die Deutschsprachige Gemeinschaft ebenfalls mit einzubeziehen, was bisher aber nicht geschehen ist.

Ein Drama ist das natürlich nicht.

Grundsätzlich ist ein Thema wie die Nachhaltige Entwicklung aber immer als Querschnittsaufgabe zu verstehen, also über alle Politikbereiche hinweg.

Ein möglichst breiter Austausch, auch mit anderen Partnern in Belgien ist deshalb immer zu begrüßen.

Auf Ebene des Föderalstaats ist übrigens das Kabinett der Kollegin Ministerin Isabelle Weykmans bereits in der Interministeriellen Konferenz für Nachhaltige Entwicklung vertreten, die sich mit der Nachhaltigkeitsstrategie für ganz Belgien auseinandersetzt.

Es spricht aber natürlich nichts dagegen, auch mit den von Ihnen erwähnten Kooperationspartnern Kontakt aufzunehmen, um zu überprüfen, inwieweit eine Zusammenarbeit möglich und wünschenswert ist.

Aufdrängen werden wir uns dabei aber selbstverständlich nicht.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.